

Am Rednerpult:
Schulministerin Sylvia
Löhrmann (Grüne)

Konflikt und Konsens

Empfehlungen der Bildungskonferenz – eine Perspektive für die Schulpolitik?



Klaus Kaiser (CDU)



Renate Hendricks (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)



Bärbel Beuermann (Linke)

29. Juni 2011 – Ein halbes Jahr lang hat die von der Landesregierung eingesetzte Bildungskonferenz getagt, um Vorschläge für eine möglichst einvernehmliche Weiterentwicklung der Schule in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Das überparteiliche Gremium unter Beteiligung von mehr als 50 Verbänden hat nun Empfehlungen vorgelegt. Diese hat die Landesregierung zum Thema einer Unterrichtung im Landtag gemacht und gemeinsam mit dem Parlament diskutiert, wie es nun weitergehen soll. Dank galt den Beteiligten der Konferenz für die engagierte Arbeit an der Sache.

Fotos: Schälte

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) lobte die gemeinsam gefundenen Empfehlungen der Bildungskonferenz als Meilenstein auf dem Weg zu einem Schulkonsens. Sie sähen vor, Kinder individuell zu fördern, den Übergang zwischen zwei Schulformen zu erleichtern, den schulischen Ganztags auszubauen, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken und den Kommunen mehr Möglichkeiten zu geben, organisatorische Verbände unterschiedlicher Schulformen und auch integrative Zusammenschlüsse zu bilden. Nun sei es am Landtag, daraus Schlüsse zu ziehen, appellierte sie an die Abgeordneten, möglichst gemeinsam eine „historische Chance“ zu nutzen.

Für die CDU-Fraktion zählte Klaus Kaiser einige bildungspolitische Maßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung auf, an denen die Bildungskonferenz festhalten wolle. Für einen Schulkonsens stellte der Abgeordnete For-

derungen auf. Dabei war ihm der Erhalt von Gymnasium und Realschule ebenso wichtig wie die Zusage, die Gemeinschaftsschule nicht zu bevorzugen. Wert legte er zudem auf einen regionalen Konsens, um Konfrontationen vor Ort zu vermeiden. Für Grundschulen forderte er vor dem Hintergrund des demographischen Wandels neue Rahmenbedingungen. Die CDU habe sich bewegt, sagte der Abgeordnete. Nun sei die Landesregierung am Zug.

Als weise und moderat bezeichnete für die SPD Renate Hendricks die Empfehlungen der Bildungskonferenz. „Schulstrukturen stehen nicht unter Artenschutz“, antwortete sie auf ihren Vorredner und lehnte den Vorschlag ab, einzelne Schulformen in der Landesverfassung festzuschreiben. Es gelte nicht, das Gymnasium zu schützen, sondern den Schülerinnen und Schülern zu ihrem Recht auf optimale Bildung zu verhelfen. Zu-

sammenschlüsse von Haupt- und Realschulen machten wenig Sinn, wenn der Hauptschule die Nachfrage fehle, argumentierte die Abgeordnete unter Berufung auf CDU-Bürgermeister und warb für das Konzept der Gemeinschaftsschule.

Die Politik könne sich an dem ernsthaften Ringen um einen Konsens in der Bildungskonferenz eine Scheibe abschneiden, meinte Sigrid Beer (Grüne). Die Schulen, Eltern und Lehrkräfte hätten nun die Erwartung, dass auch politisch etwas geschehe, mahnte sie. „Wir dürfen sie nicht enttäuschen.“ Die Grüne wandte sich ebenfalls gegen eine Verfassungsänderung

zugunsten des Gymnasiums. Auch der Hauptschule habe ihr Bestandsschutz durch die Landesverfassung nichts genutzt – entscheidend sei das Elternverhalten. Beer kritisierte eine Verweigerungshaltung der FDP, die als einzige Landtagsfraktion nicht an der Bildungskonferenz teilgenommen habe.

Schulpolitik sei in einem demokratisch legitimierten Rahmen durch den Landtag zu gestalten, verteidigte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) die Haltung ihrer Fraktion. Sie verstand die Bildungskonferenz als Beruhigungsspiel und verwies auf kritische Stimmen von beteiligten Vertretungen. Allerdings ziehe sich durch die Empfehlungen des Gremiums wie ein roter Faden die individuelle Förderung, die schließlich die Vorgängerregierung ins Gesetz geschrieben habe. Pieper-von Heiden meldete Zweifel am Konzept der Gemeinschaftsschule an. „Das funktioniert nur auf dem Papier“, erklärte sie. Im Übrigen fehle dem Land für die Pläne der Regierung das Geld.

Bärbel Beuermann (Linke) hob die differenzierende Funktion von individueller Förderung hervor und antwortete damit auf ihre Vorrednerin: Nicht defizit-, sondern begabungsorientiert solle diese Förderung sein. Die Linksfraktion begrüße insgesamt die Empfehlungen der Bildungskonferenz, wünsche sich aber an vielen Stellen eine schnellere Umsetzung. Die Regierung stehe nun in der Verantwortung, die Bildungsempfehlungen in praktische Politik umzuwandeln. Dafür notwendige Mittel müsse das Parlament freigeben. Die Linke, betonte Beuermann, fordere generell eine Schule für alle Kinder. Dieses Wahlversprechen hätten auch SPD und Grüne gegeben.

sow